

Nicht einmal tot willkommen: Der Einrichtung muslimischer Grabfelder erwächst oft Widerstand **SEITE 14**

Seltene Einigkeit: Das obligatorische Referendum für wichtige Staatsverträge hat beste Chancen **SEITE 15**

# Durcheinander im Sammelsystem und im Abfallsack

Gemeinden in der ganzen Schweiz experimentieren mit Kunststoff-Recyclingsystemen

Die Bereitschaft der Konsumenten, Plasticabfälle separat zu entsorgen, ist in der Schweiz hoch. Doch getrennte Sammlungen lohnen sich nicht in jedem Fall. Ein flächendeckendes Verwertungssystem wird es nicht geben.

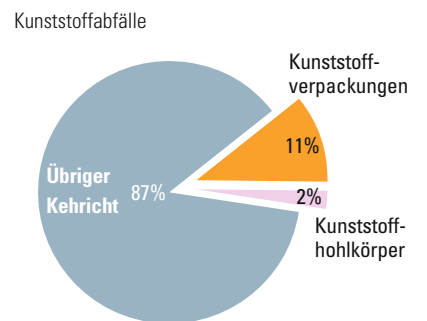
DANIEL GERNY, ERICH ASCHWANDEN

Über zwei Tonnen Kunststoff sammelte die Abfallentsorgung der Baselbieter Gemeinde Allschwil schon bei ihrer ersten Tour nach Einführung des Plasticrecyclings auf Anfang Februar. Die gelben Säcke, in denen Kunststoffabfälle neuerdings separat vors Haus gestellt werden können, gingen weg wie warme Semmeln – ein Auftakt nach Mass. Knapp 100 Kilometer südöstlich, im Kanton Obwalden, erlitt ein ähnliches Projekt in Sachen Kunststoffrecycling zur gleichen Zeit Schiffbruch: Weil in den Sammelcontainern nebst Waschmittel-, Shampoo-, Essig- und Ölfaschen allerlei nicht wiederverwertbarer Hauskehricht landete, stellte der Kanton das Experiment nach fast zehn Jahren als gescheitert ein.

## Betreutes Entsorgen

Die beiden Beispiele zeigen, dass in der Schweiz in Sachen Kunststoffrecycling gegenwärtig nicht nur in den Abfallsäcken ein Durcheinander herrscht. Ein einheitliches Modell, wie beispielsweise in Deutschland, existiert nicht. Zwar besteht seitens der Bevölkerung, von Entsorgungsfirmen und energieintensiven Unternehmen wie etwa Zementfabriken ein Bedürfnis nach Spezialsammlungen. Doch zeigt sich in der Praxis,

### Anteile Kehricht



QUELLE: ZSU NZZ-Infografik/cke.

dass ein effektives Recyclingsystem nicht einfach auf die Beine zu stellen ist. Die Methode funktioniert nur dort, wo sich der Mehraufwand für die Haushalte in Grenzen hält. Ausserdem kann selbst in Gemeinden, wo separat gesammelt wird, nicht das gesamte Sammelgut wiederverwertet werden. Zu unterschiedlich sind die Materialien oder der Verschmutzungsgrad der Behälter.

Beispiel Obwalden: Richtig funktioniert die Separatsammlung nur in der Gemeinde Engelberg, wo die Sammelstelle ständig von Mitarbeitern betreut werde, stellt Sepp Amgarten fest. Es mangelt an Disziplin. «Viele Leute schalten offenbar das Hirn aus, nur um ein paar Rappen zu sparen», sagt der Geschäftsführer des Entsorgungszweckverbandes Obwalden. Diese Beobachtung wird von der Zürcher Regierung bestätigt. «Erfahrungen zeigen, dass kommunale Sammlungen für Kunststoffe nur an betreuten Hauptsammelstellen zu einem qualitativ ausreichenden Sammelgut führen», schreibt sie in



2015 eröffnete in Frauenfeld die Müller Recycling AG das erste Schweizer Sortierzentrum für Plasticflaschen. GIAN EHRENZELLER / KEYSTONE

der Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss, der 2015 die Einführung des Kunststoffrecycling in allen Zürcher Gemeinden forderte.

## Plasticabfall als Wertstoff

Dennoch muss die Gemeinde Allschwil vorerst nicht sorgenvoll in die Zukunft blicken. In gewissen Orten funktioniert das Kunststoffrecycling gut, erklärt Michael Hügi, stellvertretender Leiter der Sektion Abfallbewirtschaftung im Bundesamt für Umwelt (Bafu). Aus ökologischer Sicht sei die stoffliche Verwertung von Plasticabfällen sinnvoll. Ob das Recycling aber tatsächlich funktioniert, hänge von zahlreichen Faktoren ab – beispielsweise von der Qualität des Sammelgutes, vom Sammelsystem oder von der Absatzmöglichkeit für das Recycling. In Obwalden habe sich das Recycling auch deshalb nicht durchgesetzt, weil eine moderne Kehrichtverbrennungsanlage eine ökologisch und ökonomisch gute Alternative sicherstelle.

In Basel bemüht sich dagegen die zur französischen Paprec-Gruppe gehörende Firma Lottner um die Kunststoffabfälle. Paprec gehört zu den grössten Anbietern auf diesem Gebiet. Die Allschwiler Plasticabfälle werden des-

halb zum grössten Teil im Ausland verwertet, erklärt Andreas Dill, Umweltbeauftragter von Allschwil. Rund 40 Prozent werden dabei zu Ersatzbrennstoff verarbeitet und ersetzen Kohle als Brennstoff beispielsweise in Zementwerken. Das zeigt, dass gegenwärtig ein regelrechtes Tauziehen um solche Abfälle im Gang ist. Das ist mit ein Grund dafür, dass beim Kunststoffrecycling zurzeit sehr viel Bewegung im Spiel ist und die Situation in der Schweiz alles andere als übersichtlich ist.

## Hohe Kosten in Zürich

Dennoch drängt sich ein flächendeckendes Modell, wie es beispielsweise für PET-Flaschen existiert, nicht auf. Das Recycling von Kunststoffen ist aufwendig und teuer, wenn sie gemischt gesammelt und in der Folge sortiert und gereinigt werden müssen – wie dies etwa in Deutschland der Fall ist. In Gemeinden, die neben PET-Getränkeflaschen auch weitere Kunststoffe aus Haushalten sammeln, fallen gemäss Abklärungen der Zürcher Regierung für die erweiterte Sammlung Kosten von rund 400 bis 600 Franken pro Tonne an. In der Anfangsphase seien sie in der Regel noch deutlich höher. Dem widerspricht Mar-

git Rauber von der auf Kunststoffrecycling spezialisierten Firma InnoRecycling AG nicht grundsätzlich: Kunststoffabfälle seien zwar ein Wertstoff, weshalb für die Gemeinden keine Mehrkosten gegenüber der herkömmlichen Entsorgung entstehen müssten. Es komme aber darauf an, wie das Recyclingkonzept ausgestaltet werde.

So wird es bis auf weiteres dabei bleiben, dass einzelne Gemeinden gewisse Kunststoffe getrennt sammeln. Der Markt ist in Bewegung und etabliert neue Systeme und Verwertungspfade. Die Bereitschaft der Konsumenten zur ressourcenschonenden Entsorgung ist in der Schweiz laut Hügi im internationalen Vergleich ausgeprägt, was den Prozess erleichtert.

Der Bund verzichtet deshalb zurzeit auf eine gesamtschweizerische Lösung wie bei den PET-Flaschen. Ziel ist es, dass sich funktionierende Entsorgungskonzepte etablieren können, die von der Wirtschaft und dem Gewerbe getragen werden. Ansätze dafür sind sichtbar: So können die Verbraucher beispielsweise schon heute bei Filialen von Migros und Coop leere Plasticflaschen separat entsorgen. Es scheint, als ob das Durcheinander beim Recycling von Kunststoffabfällen vorerst gewollt ist.

## Politik und Wirtschaft wollen Abfall zur Ressource machen

Abfall ist nicht einfach Müll, sondern wertvoll. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch. Um herauszufinden, wie Abfälle schweizweit stofflich und energetisch optimal genutzt werden können, haben der Kanton Aargau, das Bundesamt für Umwelt (Bafu) und der Wirtschaftsverband Economiesuisse gemeinsam den sogenannten Ressourcen-Trialog gestartet.

Im Rahmen dieses Dialogprozesses sollen Themen wie etwa die Verwertung von Kunststoffabfällen mit zahlreichen Akteuren diskutiert werden, erklärt Peter Kuhn, Vorsitzender der Projektsteuerung. «Vor allem ausgelöst

durch die Entsorgungsbranche, wächst das Bewusstsein, dass in diesem Bereich eine knappe Ressource vorhanden ist», sagt der stellvertretende Leiter der Abteilung für Umwelt des Kantons Aargau. Ein weiteres Thema wird die Rückgewinnung des wertvollen Rohstoffs Phosphor etwa aus Klärschlamm sein.

Die Gesamtverantwortung übernimmt ein Board, dem Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung Economiesuisse, Bafu-Vizedirektorin Karine Siegwart, Professor Rainer Bunge, Hochschule Rapperswil, und als Vorsitzender der Aargauer Regierungsrat Stephan Attiger angehören. Die Kan-

tone sind durch die Umweltämter vertreten. Dazu kommen betroffene Verbände aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Dass ausgerechnet der Aargau als Gastgeber und Organisator auftritt, ist kein Zufall. Im Rahmen des Energietriologs hat der Kanton von 2007 bis 2014 Erfahrungen gesammelt mit dieser moderierten, strukturierten, fachlich fundierten und zielorientierten Auseinandersetzung zu einem gesellschaftlich bedeutenden Thema. Ziel des Prozesses ist es, ein möglichst breit abgestütztes Leitbild für die Abfall- und Ressourcenwirtschaft 2030 zu erarbeiten.

## Bevölkerung sieht bei AHV Reformbedarf

Online-Umfrage von Vimentis

For. Bern · Die am Montag publizierte alljährliche Vimentis-Umfrage gibt Einblicke in die Befindlichkeiten in der Bevölkerung zur Reform der Altersvorsorge. Nach dem Ständerat widmet sich in den kommenden Monaten der Nationalrat der Rentenreform. Wie bei jeder Umfrage sind auch bei dieser nicht die absoluten Zahlen, sondern die Tendenzen zu werten. Zwischen November 2015 und Anfang Januar beantworteten rund 20 000 Teilnehmer die insgesamt 48 Fragen zu diversen Themen. Aufgrund einer nachträglichen Gewichtung ist die Online-Umfrage laut den Autoren mit einer Präzision von  $\pm 4$  Prozent repräsentativ.

Demnach erachten 42 Prozent der Befragten eine Reform in der ersten und der zweiten Säule als notwendig. Zählt man jene 26 Prozent hinzu, die nur die erste Säule reformieren wollen, befürworten 67 Prozent Anpassungen bei der AHV. Bei der zweiten Säule sind es kumuliert 50 Prozent. Der zusätzliche Finanzbedarf soll mit einem Mix aus längerem Arbeiten (Frauenrentenalter 65) und mehr Einnahmen erreicht werden – so wie es grosso modo auch die Vorlage des Bundesrats vorsieht. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt erhält die Zustimmung von 54 Prozent, das höhere Frauenrentenalter von 74 Prozent. Mit 62 Prozent ist in diesem Punkt indes die Unterstützung der Frauen deutlich tiefer als jene der Männer (87 Prozent), aber immer noch komfortabel. Ein unpopulärer Sanierungsbeitrag ist längeres Arbeiten. Nur 27 Prozent sind für ein generell höheres Rentenalter. 51 Prozent wollen am Rentenalter 65 festhalten.

Mehr Geld für die AHV und keine grösseren Ausgaben: Eine Mehrheit (55 Prozent) ist gegen eine Rentenerhöhung, wie beispielsweise vom Ständerat in erster Lesung beschlossen und von den Gewerkschaften in einer Initiative gefordert. 42 Prozent sind für eine Rentenerhöhung. Eine relative Mehrheit von 46 zu 29 Prozent ist gegen ein Rentenalter, das durch die Lebenserwartung definiert wird. Auf Zustimmung (59 Prozent) stösst eine Schuldenbremse für die AHV. Der Ständerat wollte davon jedoch nichts wissen und hat den vom Bundesrat vorgeschlagenen Automatismus aus der Vorlage gekippt.

Weiterhin einen schweren Stand scheint die Senkung des Umwandlungssatzes in der zweiten Säule zu haben. 54 Prozent sind dagegen und nur 20 Prozent dafür. Allerdings wurde in der Umfrage nicht auf die Kompensationen hingewiesen, die der Bundesrat vorsieht, um die Verluste auszugleichen.

Vimentis versteht sich als neutrale Politik-Plattform, betrieben von rund 65 ehrenamtlich tätigen Studenten.

ANZEIGE

Carmen Walker-Späh  
Volkswirtschaftsdirektorin  
Kanton Zürich

«Die Schweiz exportiert jährlich Waren für 9 Milliarden Franken über das Tessin nach Italien. Unsere Volkswirtschaft braucht eine funktionierende Strassenverbindung in diesen wichtigen Markt. Ich sage deshalb Ja zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels mit einer zweiten Röhre.»

gotthard-tunnel-ja.ch  
gotthard tunnel sicher ja

Überparteiliches Komitee «Gotthard Tunnel sicher JA», 3001 Bern